



INHALTSVERZEICHNIS

1. Sitzung des Kreisausschusses

2. Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises des Landkreises Garmisch-Partenkirchen

3. Haushaltssatzung des Zweckverbandes FERIE NREGION ZUGSPITZ-LAND (Landkreis Garmisch-Partenkirchen) für das Haushaltsjahr 2017

4. Bekanntmachung der Kreissparkasse Garmisch-Partenkirchen: Aufgebot

1. Sitzung des Kreisausschusses

Bekanntmachung der Tagesordnung

Am **Donnerstag, 18.05.2017, um 14:00 Uhr**
findet im Sitzungsraum des Landratsamtes Garmisch-Partenkirchen eine

Sitzung des Kreisausschusses

mit folgender Tagesordnung statt.

Öffentliche Sitzung

1. Bekanntgaben

2. Antrag Kreisrat Schröter vom 07.02.2017;

Ergänzung des Webauftritts mit einer neuen Seite „Aktuelle Informationen zum Thema Asyl“

3. Gebührenordnung für Feldgeschworene;

Antrag auf Erhöhung des Tagegeldes für Feldgeschworene durch den Markt Murnau a. St. vom 10.04.2017
- Kreistagsvorlage -

4. Landkreisverwaltung;

Vorlage der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2016 gem. Art. 88 Abs. 2 LKrO

5. Landkreisverwaltung;

Stand der Baumaßnahmen und weitere bauliche Entwicklung auf dem Gelände Olympiastraße 10
- Kreistagsvorlage -

6. Werdenfels Museum;

Sachstand zu den Baumaßnahmen
- Kreistagsvorlage -

7. Erweiterung und Fassadengestaltung des Altbaus des Beruflichen Schulzentrums Garmisch-Partenkirchen

- Kreistagsvorlage -

8. Sonstiges

Anschließend findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

2. Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises des Landkreises Garmisch-Partenkirchen

Der Landkreis Garmisch-Partenkirchen erlässt auf Grund des Art. 17 Satz 1 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 826, BayRS 2020-3-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 335) folgende Satzung:

§ 1

Anwendungsbereich

- (1) Alle Landkreisbürger sowie juristische Personen mit Sitz im Landkreis Garmisch-Partenkirchen haben Anspruch auf freien Zugang zu den bei der Landkreisverwaltung einschließlich der Eigenbetriebe vorhandenen amtlichen Informationen nach Maßgabe dieser Satzung.
- (2) Von der Satzung betroffen sind ausschließlich Informationen in Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises des Landkreises.

§ 2

Begriffsbestimmung

Im Sinne dieser Satzung ist:

- a) ¹amtliche Informationen: jede amtlichen Zwecken dienende Aufzeichnung, unabhängig von der Art ihrer Speicherung. ²Entwürfe und Notizen, die nicht Bestandteil eines Vorgangs werden sollen, gehören nicht dazu;
- b) ¹Dritter: jeder, über den personenbezogene Daten oder sonstige Informationen vorliegen;
- c) ¹zuständige Stelle: die Dienststelle des Landratsamtes Garmisch-Partenkirchen oder der Eigenbetrieb, bei der/dem die begehrten amtlichen Informationen vorhanden sind.

§ 3

Antragstellung

- (1) ¹Der Zugang zu den amtlichen Informationen wird auf Antrag gewährt. ²Der Antrag kann schriftlich, zur Niederschrift oder in elektronischer Form mit digitaler Signatur gestellt werden. ³Der Darlegung eines rechtlichen Interesses oder einer Begründung des Antrags bedarf es nicht.

- (2) ¹Der Antrag soll bei der zuständigen Stelle des Landratsamtes Garmisch-Partenkirchen gestellt werden. ²Ist die Stelle, bei der ein Antrag gestellt wird, nicht die zuständige Stelle, so ist die zuständige Stelle zu ermitteln und der Antrag an diese weiterzuleiten. ³Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller ist hiervon formlos zu informieren. ⁴§ 4 Abs. 2 bleibt unberührt.

- (3) ¹Der Antrag muss erkennen lassen, zu welchen Informationen der Zugang gewünscht wird und auf einen konkreten Sachverhalt hinweisen. ²Ist der Antrag unbestimmt, so ist dies der Antragstellerin oder dem Antragsteller unverzüglich mitzuteilen und Gelegenheit zur Präzisierung des Antrags zu geben.

- (4) ¹Mit dem Antrag hat die Antragstellerin bzw. der Antragsteller zu erklären, dass sie bzw. er eine Weitergabe seiner/ihrer im Zusammenhang mit der Antragstellung stehenden personenbezogenen Daten gem. Art. 15 Abs. 2 BayDSG zustimmt. ²Dies gilt insbesondere für die Beantwortung von Anträgen nach dieser Satzung, welche Anfragen nach dieser Satzung betreffen.

§ 4

Ausgestaltung des Informationszugangsanspruchs

- (1) ¹Das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen hat nach Wahl der Antragstellerin oder des Antragsstellers Auskunft zu erteilen, Akteneinsicht zu gewähren oder die Informationsträger zugänglich zu machen, die die beantragten Informationen enthalten. ²Das Landratsamt kann aus wichtigem Grund eine andere als die beantragte Form der Information bestimmen. ³Als wichtiger Grund gilt insbesondere deutlich höherer Verwaltungsaufwand.

- (2) Handelt es sich um vorübergehend beigezogene Akten anderer öffentlicher Stellen, die nicht Bestandteil der eigenen Verwaltungsunterlagen werden sollen, so weist das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen auf diese Tatsache hin und nennt die für die Entscheidung über die Einsicht in diese Akten zuständige Stelle.

- (3) ¹Das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen stellt während der Öffnungszeiten ausreichende zeitliche, sachliche und räumliche Möglichkeiten für den Informationszugang zur Verfügung. ²Die Anfertigung von Notizen oder Fotografieren ist gestattet. ³Auf die Überlassung oder Zusendung von Kopien oder Ausdrucken besteht kein Anspruch.

- (4) Soweit Informationsträger nur mit Hilfe von Maschinen lesbar sind, stellt das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen auf Verlangen der Antragstellerin bzw. des Antragstellers maschinenlesbare Informationsträger einschließlich der erforderlichen Leseanweisungen oder lesbare Ausdrücke zur Verfügung.

- (5) Der Antrag kann abgelehnt werden, wenn die Antragstellerin bzw. der Antragsteller bereits über die begehrten Informationen verfügt oder sich diese in zumutbarer Weise aus allgemein zugänglichen Quellen beschaffen kann.

- (6) Wenn für Amtshandlungen nach dieser Satzung Kosten entstehen, weist das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen die Antragstellerin oder den Antragsteller rechtzeitig auf deren voraussichtliche Höhe hin.

§ 5

Bearbeitungsfrist

- (1) Das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen macht die begehrten Informationen unverzüglich, spätestens aber innerhalb eines Monats zugänglich.
- (2) Die Ablehnung eines Antrags oder die Beschränkung des beantragten Zugangs zu Informationen ist innerhalb der in Absatz 1 genannten Frist schriftlich zu erteilen und zu begründen.
- (3) ¹Soweit Umfang und Komplexität der begehrten Informationen oder sonstige besondere Umstände dies rechtfertigen, kann die Frist des Absatzes 1 auf zwei Monate verlängert werden. ²Die Antragstellerin oder der Antragsteller ist über die Fristverlängerung und deren Gründe schriftlich zu unterrichten.

§ 6

Ausschluss und Beschränkung des Anspruchs

- (1) Der Anspruch besteht nicht, soweit dem Bekanntwerden der amtlichen Informationen Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder berechnete Ansprüche Einzelner entgegenstehen.
- (2) Der Anspruch besteht insbesondere nicht, soweit und solange
 1. die Erteilung der Informationen das Wohl des Bundes, des Landes, des Landkreises oder die Landesverteidigung oder innere Sicherheit gefährden würde,
 2. die amtlichen Informationen gesetzlich oder vertraglich geheim zu halten sind,
 3. es sich bei den Informationen um Geheimnisse Dritter, insbesondere nach den jeweils gültigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen um personenbezogene Daten handelt und keine Einwilligung i.S.d. Art. 15 Abs. 2 BayDSG vorliegt,
 4. es sich um Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse handelt und der Dritte einer Weitergabe nicht ausdrücklich zugestimmt hat,
 5. wenn der Schutz geistigen Eigentums oder das Urheberrecht entgegensteht,
 6. es sich um Entwürfe, Notizen, vorbereitende Stellungnahmen, Protokolle vertraulicher Beratungen u. ä. handelt (Schutz des behördlichen Entscheidungsprozesses),
 7. die Preisgabe der Informationen gerichtliche oder behördliche Verfahrensabläufe oder den behördlichen Entscheidungsbildungsprozess gefährden könnte oder
 8. durch die Bekanntgabe der Informationen der Verfahrensablauf eines unabhängigen Gerichts-, Ordnungswidrigkeiten-, Disziplinar- oder eines sonstigen behördlichen Verfahrens oder der Erfolg eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens beeinträchtigt oder gefährdet würde.
- (3) Soweit und solange Informationen aufgrund der vorstehenden Absätze nicht zugänglich gemacht werden dürfen, besteht Anspruch auf Zugang zu den übrigen Informationen.

§ 7

Ablehnung des Antrags

- (1) Die Ablehnung eines Antrags hat innerhalb der in § 5 genannten Frist schriftlich zu erfolgen und ist zu begründen.
- (2) ¹Die Ablehnung des Antrags bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung (§ 6) gefährdet würde. ²Die Gründe der Auskunftsverweigerung sind in diesen Fällen jedoch aktenkundig zu machen.

§ 8

Verhältnis zu anderen Informationszugangsrechten

Rechtsvorschriften, die einen weitergehenden Zugang zu Informationen ermöglichen oder ihre Grundlage in besonderen Rechtsverhältnissen haben (z.B. BayUIG), bleiben unberührt.

§ 9

Kosten

- (1) Für Amtshandlungen aufgrund dieser Satzung werden Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben.
- (2) Bei der Bemessung der Gebühren sind der mit der Zugänglichmachung der Informationen verbundene Verwaltungsaufwand (Personal- und Sachaufwand) und zusätzlich die Bedeutung der Angelegenheit für die Antragstellerin bzw. den Antragsteller zu berücksichtigen.
- (3) Die Auskunftserteilung kann von der Zahlung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Garmisch-Partenkirchen in Kraft.

3. Haushaltssatzung des Zweckverbandes FERIE NREGION ZUGSPITZ-LAND (Landkreis Garmisch-Partenkirchen) für das Haushaltsjahr 2017

Aufgrund des Art. 40 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit und Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erläßt der Zweckverband folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 wird hiermit festgesetzt, er schließt im Verwaltungshaushalt

in den Einnahmen und Ausgaben mit 649.100,- Euro

und im Vermögenshaushalt
in den Einnahmen und Ausgaben mit 19.300,- Euro
ab.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die Gesamthöhe der Verbandsumlage (Erstattung der Mitgliedsorte) beträgt 75.000 €.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 40.000 Euro festgesetzt.

§ 6

- entfällt -

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 01.01.2017 in Kraft.

Garmisch-Partenkirchen, den 08.05.2017

Zweckverband Ferienregion Zugspitzland
1. Vorsitzende

Der Haushaltsplan liegt eine Woche lang, vom Tage der Bekanntmachung an gerechnet, in der Verwaltung des Marktes Garmisch-Partenkirchen, Rathausplatz 1, während der allgemeinen Geschäftsstunden öffentlich auf.

4. Bekanntmachung der Kreissparkasse Garmisch-Partenkirchen: Aufgebot

Es wurde der Antrag gestellt, nachstehend aufgeführte Sparurkunde, welche zu Verlust gegangen ist, für kraftlos zu erklären:

Nr. 3405050562

Gemäß Art. 34 ff AGBGB ergeht hiermit an den Inhaber der genannten Urkunde die Aufforderung, binnen drei Monaten seine Rechte unter Vorlegung der Urkunde anzumelden, widrigenfalls wird diese Urkunde für kraftlos erklärt.

Garmisch-Partenkirchen, den 28.04.2017

KREISSPARKASSE GARMISCH-PARTENKIRCHEN

Der Vorstand
gez. Lingg (Vorstandsvorsitzender) gez. Fugmann (Vorstandsmitglied)

Garmisch-Partenkirchen, 11.05.2017

Landratsamt
Anton Speer
Landrat